

Büroh

Bisher schweg der Ostschweizer Industriekonzerne Arbonia Forster eisern zur Frage, wie viel **Edgar Oehler** ihm für den chinesischen Teil der Tochtergesellschaft STI bezahlt hatte. Jetzt legt Arbonia im Jahresbericht offen, dass Oehler das 52'000 Quadratmeter grosse Gelände in Changshu, mitsamt der modernst ausgebauten Fabrik, zum Schnäppchenpreis von 9,6 Millionen

Franken erhielt. Nach seiner Entmachtung als Konzernchef und Verwaltungsratspräsident hatte Oehler im Mandatsverhältnis die Fabrik in den vergangenen Jahren im Auftrag von Arbonia aufgebaut. Er erhielt dafür zuletzt einen Jahreslohn von 430'000 Franken. Für die gesamte restliche STI zahlte er gemäss Geschäftsbericht bescheidene 21,9 Millionen Franken.

**Ariane Ehrat**, ehemalige Skirennfahrerin und heutige Tourismusdirektorin im Engadin, ist nicht zu beneiden. Der teure Franken schlägt im berühmten Hochtal auf die Stimmung, der Champagner-Ort St.Moritz zog schon mehr Touristen an. Einzig an diesem Wochenende soll wegen des Engadin-Skimarathons alles ausgebucht sein, heisst es von Ehrats Crew. Gästegruppen aus dem Unterland werden deshalb Campingplätze oder das Matratzenlager auf der 3000 Meter hohen Diavolezza empfohlen, fast 15 Kilometer von St.Moritz entfernt. Dumm nur, dass selbst in St.Moritz nicht alles ausgebucht ist. Wer auf eigene Faust ein Hotelzimmer sucht, findet locker eines. Harzt es deshalb mit dem Schweizer Tourismus?

**Brice Koch (Foto)**, Chef des Industriekonzerne OC Oerlikon, kann sich ins Fäustchen lachen. Vor zwei Jahren aspirierte er auf den Posten des Konzernchefs beim Elektroriesen ABB, unterlag aber in der internen Ausmarchung **Ulrich Spiesshofer**. Nun erhält Koch, der danach zu Oerlikon wechselte, ein Schmerzensgeld, das ihn über die verpasste Chance hinwegtrösten dürfte: Er verdiente letztes Jahr mehr als Rivale Spiesshofer. Dieser erhielt gemäss dem Geschäftsbericht 7,6 Millionen Franken. Koch hingegen verdiente bei der viel kleineren Oerlikon 8,7 Millionen.

**Machtkampf um Gategroup: «Spiel ist aus»**

**Aufmüpfige Aktionäre erhöhen Druck auf Verwaltungsratspräsident Andreas Schmid**

Zürich Obwohl ein Verwaltungsratspräsident an einer Bilanzmedienkonferenz nichts zu suchen hat – dessen Bühne ist die Generalversammlung –, wird Andreas Schmid nächsten Donnerstag anwesend sein, wenn der Airline-Caterer Gategroup sein Jahresergebnis präsentiert. Da es um die Zukunft des Konzerns und um jene von Schmid geht, braucht es seine Teilnahme. Die Hegdefonds RBR Capital und Camox fordern eine personelle Erneuerung an der Spitze und eine Restrukturierung. Camox-Gründer Jonathan Herbert sagt: «Wir haben schon nahezu 25 Prozent des Aktionariats hinter uns. Kein einziger Investor glaubt noch an diesen Verwaltungsrat. Das Spiel ist aus.» Gestern haben sie per ganzseitigem Zeitungsinserat ihr «8-Punkte-Programm für einen Neustart» vorgelegt. Damit die Generalversammlung vom 16. April nicht zum Showdown gerät, braucht es eine Kompromisslösung. Dessen ist sich Schmid bewusst. Doch bisherige Verhandlungen sind gescheitert. Am Donnerstag will Schmid erläutern, wie es aus seiner Sicht weitergehen soll. Verworfen ist die Lage auch darum, weil RBR und Camox keine Klarheit schaffen, ob sie im Verwaltungsrat die Mehrheit der Mitglieder wollen oder nicht. Bisher haben sie vier Kandidaten vorgestellt. Als Ass im Ärmel behalten sie einen fünften Kandidaten für den Verwaltungsrat, offenbar ein Topshot. (w/wk)

**Umstrittener Credit-Suisse-Kredit für Papiergigant**

**Die Grossbank leiht einem indonesischen Konzern 50 Millionen US-Dollar entgegen ihrer eigenen Richtlinien**



Abgeholzter Regenwald auf der indonesischen Insel Sumatra: April ist einer der weltweit grössten Papierhersteller

Simon Widmer

Zürich «Für manche sind Wälder ein Zufluchtsort, eine Stätte der Ruhe und Erholung. Anderen sind sie ein Zuhause und Quelle des Lebensunterhalts.» Diese poetischen Sätze stehen als Einleitung zu einem Interview mit dem hauseigenen Nachhaltigkeits-Spezialisten auf der Website der Credit Suisse. Die CS hat sich den Erhalt wichtiger Wälder und den Klimaschutz auf die Fahnen geschrieben. Ein Millionenkredit an ein ökologisch

fragwürdiges Unternehmen stellt jedoch infrage, wie sehr Wald und Klima der Grossbank tatsächlich am Herzen liegen – und ob sie sich an die eigenen Richtlinien hält. Im August 2013 hat die CS einen 50-Millionen-Dollar-Kredit an den Papierfabrikanten April (Asia Pacific Resources International Limited) gesprochen. Damit finanziert sie einen der weltweit grössten Papierfabrikanten, der für die Regenwaldabholzung in Indonesien verantwortlich ist. Laut Greenpeace stammen 60 Prozent

des Holzes, das April in ihren Papiermühlen verarbeitet, aus Regenwaldgebiet. Der Wirtschaftsprüfer KPMG kam am 8. Dezember 2014 zum Schluss, dass April auch in ökologisch besonders wertvollen Wäldern abholzt. **Banco Santander gibt der Firma April kein Geld mehr** Der Millionenkredit der CS überrascht, da sich die Grossbank strenge Richtlinien im Bereich Forst- und Agrarwirtschaft auferlegt hat. Diese verbieten Finanzdienstleis-

tungen in Regenwäldern oder ökologisch speziell wertvollen Waldgebieten. Eine Ausnahme macht die Credit Suisse einzig bei Betrieben, die das FSC-Zertifikat, ein Gütesiegel für nachhaltige Forstwirtschaft, aufweisen. Wie FSC in einer Mitteilung schreibt, hat sich April 2011 aus dem Programm zurückgezogen – zwei Jahre vor dem CS-Kredit. Dies, nachdem mehrere NGOs Beschwerde eingereicht haben. Die Credit Suisse hält trotzdem an ihren Geschäftsbeziehungen mit April fest. Andere Banken

hingegen kappen ihre Verbindungen zum indonesischen Holzgiganten. Am 26. Februar hat die spanische Banco Santander, die ebenfalls einen Millionen-Kredit gesprochen hat, bekannt gegeben, kein Geld mehr an April zu leihen. Vergangenen Freitag teilte die niederländische ABN Amro, ein anderer April-Geldgeber mit, die Kreditvergabe an Holzunternehmen generell zu überarbeiten. Die Credit Suisse nimmt zum April-Kredit keine Stellung. Grundsätzlich hält sie fest: «Finanztrans-

aktionen mit allfälligen erhöhten Risiken werden einer umfassenden Prüfung unterzogen, zudem haben wir spezifische Richtlinien und Standards für die jeweiligen Sektoren festgelegt, die auf Richtlinien internationaler Organisationen wie der UNO oder der Weltbank basieren.» Auch pflege man den Austausch mit externen Stakeholdern und nehme Hinweise betreffend Aktivitäten, die nicht im Einklang mit den CS-Richtlinien sind, ernst. Ein solcher Austausch fand am letzten Donnerstag statt. Dabei for-

derte Greenpeace, dass Credit Suisse die Geschäftsbeziehungen mit April beende, sagt Asti Roesle, Waldexpertin der NGO. «Credit Suisse erwartet, dass April zukünftig nachhaltiger wirtschaften wird», beschreibt sie, die an den Gesprächen teilnahm, die Position der CS. Diese Einschätzung für die Zukunft hält Asti Roesle für Wunschen: «April verfolgt eine Expansionsstrategie. Um genügend Papier herzustellen, können sie gar nicht anders, als ihre Rodungen zu intensivieren.»

**Die grosse Entlassungswelle erreicht die Schweiz im Sommer**

**Erst ab Februar 2016 hat die Realwirtschaft den Frankenschock verdaut**

Zürich Jeden Tag eine neue Hiobsbotschaft: In der ersten Märzwoche häuften sich die Meldungen über Personalabbau und Jobverlagerungen. Der Hörgerätehersteller Sonova, die Fensterproduzentin EgoKiefer (AFG), der Warenhauskonzern Manor und die Aluminium Laufen AG kündigten den Abbau von zusammen rund 500 Stellen in der Schweiz an (siehe Tabelle). Weitere Firmen verlängerten die Wochenarbeitszeit, kürzten den Ferienanspruch, verhängten Einstellungsstopps oder kürzten gar die Löhne.

welcher Verzögerung sich in der Vergangenheit Wechselkursveränderungen auf die reale Wirtschaft übertragen. Seine Erkenntnis: Bereits nach einem Monat setzt die Wirkung ein, nach 13 Monaten läuft sie aus. Der grösste Effekt auf die Realwirtschaft wird sechs bis neun Monate nach dem Währungsschock sichtbar. Die Aufhebung der Euro-Untergrenze am 15. Januar dürfte ihre stärkste Wirkung also in den Monaten Juli bis September entfalten. Danach sollte sie langsam abnehmen und im Februar 2016 schliesslich auslaufen.

**Trügerische Hoffnung auf einen neuen Mindestkurs** Die Unternehmen werden sich an die neue Situation anpassen müssen – ohne Hilfe durch die Nationalbank. Zwar berichtete die «Handelszeitung» unter dem Titel «Bundesräte regen neuen Mindestkurs an» über eine Analyse von Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf und Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann. Das Papier «Wirtschaftliche Handlungsoptionen angesichts der Frankenstärke», in das die Sonntags-Zeitung Einblick hatte, listet einen ganzen Katalog von Handlungsoptionen auf. «Allenfalls könnte auch ein neuer Mindestkurs erwogen werden», heisst es da, um dann aber gleich zu relativieren, dies «wäre allerdings nur dann durchführbar, wenn die SNB entsprechend glaubwürdig wäre». Davon gehen die beiden Bundesräte offensichtlich nicht aus. Erwähnt werden im Papier auch Kapitalverkehrskontrollen. Das sei allerdings die «Ultima Ratio», da es zu massiven Beschränkungen auf dem Finanzmarkt führe. Armin Müller, Denis von Burg

Der starke Franken fordert seinen Tribut. Doch die Negativmeldungen sind nur der erste Ausläufer der zu erwartenden Restrukturierungswelle. Ihren Höhepunkt wird die Welle erst im Sommer und Herbst dieses Jahres erreichen. Darauf deutet eine neue Studie von Boriss Siliverstovs, Forscher der Konjunkturforschungsstelle (KOF) der ETH Zürich, hin. Gemäss Ranking des deutschen «Handelsblatts» gehört er gemessen an seinen wissenschaftlichen Veröffentlichungen zu den Top 100 der Volkswirte unter 40 Jahren.

Die Folgen für den Werkplatz Schweiz können deshalb heute noch gar nicht abgeschätzt werden. Die Unternehmen, die in den letzten sieben Wochen konkrete Massnahmen bekannt gaben, hatten schon vor dem 15. Januar an entsprechenden Plänen gearbeitet. Auslagerungen ins Ausland beispielsweise benötigen viel Zeit für Standortevaluation, Planung und Aufbau der Infrastruktur.

**«Wie lange dauert es, bis der Schmerz spürbar wird?»** «Der Frankenschock und das Schweizer Bruttoinlandsprodukt: Wie lange dauert es, bis der Schmerz spürbar wird?» lautet der Titel seines Arbeitspapiers. Der KOF-Ökonom untersuchte, mit

Auch die angekündigten Stellenabbaupläne wurden nicht erst nach dem 15. Januar in Angriff genommen. Die Stahlbaufirma Jakem im aargauischen Mönchwilien, die vergangene Woche nach 64 Jahren die Schliessung des Betriebs bekannt geben musste, hatte beispielsweise seit längerem mit dem Kostendruck wegen Überkapazitäten im Stahlmarkt zu kämpfen. Gemäss der im Februar durchgeführten Konjunkturumfrage der

Die grössten Abbauprogramme als Reaktion auf den Frankenschock

Firma	Branche	Anz. Stellen	Massnahmen und Begründung
SR Technics, Kloten ZH Julius Bär, Zürich	Flugzeugwartung Bank	bis 250 200	Auslagerung wegen Währungsschwankungen und hoher Kosten in der Schweiz Sparprogramm, unter anderem wegen Frankenstärke
AFG Arbonia Forster, Altstätten SG Manor, Basel	Bauausrüstung Detailhandel	150 bis 200 bis 150	Stellenabbau und Auslagerung bei EgoKiefer wegen Frankenstärke und Kostendruck Restrukturierung am Hauptsitz, unter anderem wegen Einkaufstourismus
Sonova, Stäfa ZH Jakem, Mönchwilien AG	Hörsysteme Stahlbau	100 80	Auslagerung wegen Frankenstärke Firmenschliessung wegen Überkapazitäten und Frankenstärke
Aluminium Laufen AG, Liesbach BL	Metallindustrie	40 bis 50	Stellenabbau wegen Frankenstärke
Alu Menziken, Menziken AG	Metallindustrie	40	Stellenabbau wegen Frankenstärke

**Schweiz ermittelt gegen Petromove-Chef**

**Strafverfahren wegen gewerbmässigen Betrugs gegen Tankstellenfirma – Festplatten beschlagnahmt**

**Pratteln BL** Der Fall einer Schweizer Tankstellenfirma, die deutsche Kleinanleger um ihre Ersparnisse brachte, beschäftigt jetzt die Schweizer Justiz. Die Staatsanwaltschaft Baselland hat ein Strafverfahren wegen gewerbmässigen Betrugs im Zusammenhang mit der Firma Petromove eingeleitet, wie Sprecher Michael Lutz bestätigt. Den Ermittlungen gingen mehrere Strafanzeigen aus Deutschland voraus, die seit dem Sommer bei der Behörde eingingen. Es folgten sieben Hausdurchsuchungen in fünf Kantonen, bei denen umfangreiches Material sichergestellt wurde. Neben 500 Bundesordnern mit Unterlagen wurden unter anderem Festplatten beschlagnahmt. «Es handelt sich um ein umfangreiches Wirtschaftsverfahren gegen drei

beschuldigte Personen», sagt Lutz. Bei einer handelt es sich Recherchen zufolge um den Petromove-Chef Matthias Oberli. Parallel zur Sichtung des Materials führen die Ermittler Befragungen durch. **Im Sommer wollte Oberli mehr Geld von den Aktionären** Oberli hatte mit seiner Firma Petromove 2013 im Internet um deutsche Kleinanleger geworben – und hohe Renditen von 12 Prozent versprochen. Dabei präsentierte er die Firma als neuen, schnell wachsenden Player im Schweizer Tankstellengeschäft mit Zugehörigkeit zu diversen renommierten Branchenverbänden. Der Webauftritt entsprach jedoch bei weitem nicht der Realität. Statt um moderne Grosstankstellen mit

Shopkonzept handelte es sich bei den Petromove-Tankstellen um kleine Selbstbedienungstankstellen auf dem Land bei Basel. Anders als angegeben, war Petromove auch nicht Mitglied der Schweizerischen Erdölvereinigung. Andreas M. Lang, Anwalt der Frankfurter Kanzlei Nieding + Barth, sieht die Sache so: «Petromove hat meiner Rechtsauffassung nach sowohl Erfolgsaussichten als auch das Konzept falsch dargestellt, in Deutschland entspricht dies dem Straftatbestand Kapitalanlagebetrug.» Im Sommer eröffnete Oberli den Aktionären, dass sich das Unternehmen finanziell in prekärer Lage befinde, und forderte frisches Geld, um die Insolvenz zu verhindern. Lang hat im Auftrag mehrerer Mandanten Strafanzeige gestellt

und auch beantragt, dass Konten der Petromove AG eingefroren werden. Wie hoch der entstandene Schaden für die Kleinanleger ausfällt, ist noch nicht abschliessend geklärt. Es dürfte sich aber um einen Millionenbetrag handeln – so mancher Betroffene verlor grosse Teile der Altersvorsorge. In solvenz hat Oberli bislang noch nicht beantragt. Laut Sachwalter gewährte ihm das Konkursgericht Aufschub. Die Petromove habe noch offene Forderungen in erheblicher Höhe gegenüber Geschäftspartnern. Deshalb bestehe Aussicht darauf, die Gesellschaft noch vor dem Konkurs zu retten. Oberli, selbst grösster Aktionär und Gläubiger, liess aussprechen, dass das auch in seinem Interesse sei. Cornelia Krause

Anzeige

**Mindful Leadership Symposium**  
Das Zeitalter Der **Genügsamkeit**  
Zürich, 8. Mai 2015, GDI Gottlieb Duttweiler Institut

Eine Führungs Debatte und Initiative um einen nachhaltigen Ansatz gegenüber dem Leben und dem Business zu pflegen.

**JETZT BUCHEN!**

www.mindfulleadershipsymposium.ch/de/

Karin Frei - Host, David Boshart, Lilian Cheung, Sir Bob Geldof, Paola Ghiliani, Anne Lise Kjaer, Christian Kurmann, John Perkins, Thomas Sattelberger, Tomáš Sedláček, Rudolf Woetzel